

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Seite 56 des Koalitionsvertrags findet sich nämlich die Formulierung – ich darf zitieren –:

*Baden-Württemberg wird dennoch die Pensionen der Beamtinnen und Beamten nachhaltig sichern. Deswegen streben wir eine Anhebung der Pensionsrückstellungen für neu Eingestellte an.*

Das ist genau das, was wir vorschlagen.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, darf ich Sie auch auf Ihr eigenes Wahlprogramm hinweisen. Ich zitiere aus dem Wahlprogramm der SPD Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2011:

*Wie in Rheinland-Pfalz soll in Zukunft für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten eine volle Versorgungsrücklage eingestellt werden.*

Eine volle Versorgungsrücklage wären 1 200 € im Monat. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, insbesondere aus den Regierungsfractionen, freue ich mich darüber, dass Sie unserem Vorschlag zustimmen. Denn Sie können gar nicht anders.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kößler für die CDU-Fraktion.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit einem Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion. Ich könnte jetzt sagen: „Wir schließen uns dem vollständig an“, aber ich will ein paar andere Gedanken anführen; denn der Rechnungshof hat uns mehrere Punkte ins Stammbuch geschrieben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nicht zum ersten Mal!)

– Darauf komme ich nachher noch. – Der Rechnungshof schreibt in seiner Denkschrift 2010:

*Ohne weitere Eingriffe in die bestehenden Versorgungs-, Beihilfe- und Heilfürsorgeregelungen wird der Anteil der Versorgungsausgaben an den gesamten Personalausgaben weiter drastisch steigen.*

Ich füge hinzu: Ohne eine entsprechende Haushaltsvorsorge werden wir die Versorgungslasten im Grunde genommen nicht bewältigen.

Aber bevor ich auf die Vorschläge des Rechnungshofs insgesamt eingehe, will ich nur einmal ein paar Zahlen nennen, die die Dramatik der Entwicklung der Versorgungsausgaben ganz deutlich machen: Von 2009 bis 2020 steigt die Zahl der Versorgungsempfänger um 50 %, und bis 2030 steigt sie um 60 %. Wir haben dann insgesamt 156 000 Versorgungsempfänger. Die haushaltswirksamen Ausgaben, die sich daraus ergeben, betragen für 2020 etwa 6,2 Milliarden €, für 2030 rund 7,7 Milliarden €. Dies ist also in 20 Jahren eine Steigerung um insgesamt 140 %. Herr Rülke hat es bereits gesagt: Das hängt damit zusammen, dass wir in den Siebzigerjahren im Lehrerbereich und bei der Polizei sehr große Personalzuwächse hatten.

Um es zu verdeutlichen: Die sogenannte Versorgungs-Haushalts-Quote, das Verhältnis von Versorgungsausgaben zum gesamten Landeshaushalt, ist gegenüber 1980 um über 50 % gestiegen. Wir hatten 1980 eine Quote von 5,7 % und 2007 eine Quote von 9,4 %. Das heißt, jeder zehnte Euro geht in die Bestreitung der Versorgungsaufwendungen. Dies zeigt, wie dramatisch wir in unserer Finanzpolitik im Grunde eingeschränkt werden.

Ich darf noch eine Zahl hinzufügen. Der Anteil der Versorgungsausgaben an den Personalausgaben stieg von 14,5 % im Jahr 1980 auf 25,7 % im Jahr 2007. Bis 2011 ergibt sich eine weitere Steigerung. Das heißt, die Pensionsausgaben und die Personalausgaben hängen eng zusammen und bilden zwei Seiten der gleichen Medaille.

Der Rechnungshof hat uns aber insgesamt vorgeschlagen, künftig eine Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen vorzunehmen. Ich denke, diese Überlegung ist richtig. Wir sollten insbesondere im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über die Einführung einer solchen Regel nachdenken.

Wir befinden uns ja schon in einer regelgebundenen Finanzpolitik. Die Schuldenbremse ist der erste Schritt. Wir werden auf Dauer keine Nullverschuldung im Landeshaushalt erreichen, wenn wir nicht Regeln darunter vereinbaren.

Aus diesem Grund schlage ich vor, dass wir in Überlegungen eintreten, das Wachstum der Steuereinnahmen als Richtschnur für die Personalausgaben heranzuziehen. Dabei geht es nicht um das jährliche Wachstum der Steuereinnahmen, sondern um einen längeren Zyklus. Denn ohne Regeln kann keine gute Finanzpolitik betrieben werden. Das sieht man beim Blick auf die Vergangenheit. Die bestehende Verschuldung geht auf eine fallweise Finanzpolitik, eine sogenannte diskretionäre Finanzpolitik, zurück.

Sie hätten jetzt allerdings die Chance gehabt, eine Nullverschuldung herbeizuführen. Das wurde heute schon mehrmals erwähnt. Sie haben diese Chance nicht genutzt.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir sind dafür, Vorsorge zu treffen, wie es im vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP dargelegt wird. Aber es darf nicht so sein wie in Rheinland-Pfalz, dass wir über zusätzliche Schulden Vorsorge treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Taschenspielertricks machen wir nicht mit – von der einen Tasche in die andere Tasche, während die Schulden gleich hoch bleiben bzw. sich durch die Vorsorge erhöhen.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, wir sollten hier eine klare Haltung einnehmen. Wir sind für Vorsorge, aber nur über Steuermehreinnahmen. Wir werden in Zukunft auch sehr darauf dringen, dass Sie dies gemeinsam mit uns einhalten.

Noch einmal mein Vorschlag und mein Fazit: Überlegen Sie, ob wir nicht in eine Diskussion darüber eintreten sollten, die Personalausgaben an die Steuereinnahmen zu binden, und zwar mittelfristig, über mehrere Zyklen hinweg.

(Joachim Kößler)

Ich will Ihnen zum Schluss einen Satz von Manfred Rommel mitgeben. Er hat eine kluge Äußerung gemacht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Viele kluge Äußerungen! – Zurufe von der CDU: Viele!)

– Viele kluge Äußerungen, ja. – Er hat gesagt:

*Für die Politik kommt es darauf an, die Grenzen des Möglichen sichtbar und anschaulich zu machen und nicht mehr der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des Möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.*

Dies gilt insbesondere für den Landeshaushalt und auch für die Versorgungsaufwendungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Ich erteile Frau Abg. Aras für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP betrifft eine Problemlage, die meine Fraktion – Sie führten es schon aus – bereits seit Jahren thematisiert. Wir haben dazu schon seit der vorletzten Wahlperiode immer wieder Initiativen im Landtag eingebracht, ohne dass Sie, Herr Rülke, bzw. Ihre Fraktion und die CDU uns jemals unterstützt hätten. Das Thema heißt: Wie gehen wir im Rahmen der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik mit den wachsenden Pensionsverpflichtungen um?

Der Rechnungshof hat in seiner Denkschrift 2010 nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Pensionsverpflichtungen einschließlich der Beihilfe von heute 4,1 Milliarden € jährlich bereits im Jahr 2020 auf mehr als 6,2 Milliarden € und auf mehr als 7,7 Milliarden € im Jahr 2030 steigen werden. Das sind immense Steigerungen, die sich aber nicht von heute auf morgen ergeben haben, sondern schon lange absehbar waren.

Die bei betriebswirtschaftlicher Rechnung eigentlich notwendigen Rückstellungen für künftige Pensionen beziffert der Rechnungshof mit 70 Milliarden €. Das ist eine enorme Hypothek für künftige Haushalte.

(Abg. Manfred Groh CDU: Wie bei der Rente!)

Auch der vor einigen Jahren eingeführte Versorgungsfonds des Landes löst das Problem nicht annähernd. Sie haben ja gesagt, dass die Beiträge zu niedrig sind.

Leider ist die Entwicklung nicht gebremst. Allein von 2010 auf 2011 sind die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger von 578 Millionen € auf 629 Millionen € gestiegen, ein Zuwachs von 8,8 % in einem einzigen Jahr.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wo ist Ihr Vorschlag?)

Deshalb müssen wir nach unserer Auffassung zwei Aspekte angehen. Erstens: Wie schaffen wir eine bessere Vorsorge für künftige Pensionsverpflichtungen? Dass die Zuführung zum

Pensionsfonds angehoben werden muss, ist keine Frage. Zweitens – das gehört dazu –: Wie sorgen wir hinsichtlich künftiger Pensionsverpflichtungen für eine Entlastung, indem wir eine für die Beamten zumutbare Anpassung an die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung erreichen? Ich nenne nur das Stichwort Beihilfe.

Ich meine, dass man diese beiden Aspekte nicht voneinander trennen kann. In der Regierungskoalition werden wir beide Aspekte im Zusammenhang angehen. Lieber Herr Kollege Rülke, Sie haben Ihre Hilfe zugesagt. Wir werden Sie beim Wort nehmen. Ich bin gespannt, ob Sie noch dazu stehen werden.

Wir tun dies jedenfalls zusammen mit den Beschäftigten. Wir werden mit ihnen und ihren Organisationen darüber sprechen, wie ein zumutbarer Beitrag der Pensionäre aussehen kann,

(Oh-Rufe von der CDU)

damit auch die heutigen jungen Kolleginnen und Kollegen später mit einer angemessenen Pension rechnen können.

(Zuruf von der CDU)

Wir tun dies im Zusammenhang mit dem Haushalt.

Herr Rülke, es ist ziemlich einfach, einerseits eine sofortige Nullneuerschuldung zu fordern – wie heute Morgen – und andererseits diesen Gesetzentwurf einzubringen, der bis 2020 schnell einmal 1,5 Milliarden € kostet. Sie machen es sich in der Finanzpolitik schon sehr einfach. Gleichzeitig wollen Sie auch noch die Steuern senken.

Sie machen es sich zu einfach, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, wenn Sie nur ausgeben, aber nichts einnehmen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Bitte am Schluss.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Okay.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Ich sage nochmals: Das Thema Pensionslasten ist wichtig, das Thema ist klar. Aber Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, haben seit Jahren, ja seit Jahrzehnten weggeschaut und die Dinge treiben lassen. Darum haben wir heute ungedeckte Schecks in Höhe von 70 Milliarden €, die Sie ausgestellt haben, ohne für Deckung zu sorgen. Erst jetzt, in der Opposition, werden Sie plötzlich wach. Schön. Besser jetzt als gar nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema voranbringen, aber verantwortlich im Sinne der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik und der künftigen Sicherung angemessener Pensionen für unsere Beamtinnen und Beamten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

So, jetzt.